

Kucmas zweite Amtszeit als Präsident der Ukraine: Neuer Start für Reformen?

Haran', Oleksij Vasylovyc

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Haran', O. V. (2000). *Kucmas zweite Amtszeit als Präsident der Ukraine: Neuer Start für Reformen?* (Aktuelle Analysen / BIOst, 19/2000). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45031>

Nutzungsbedingungen:

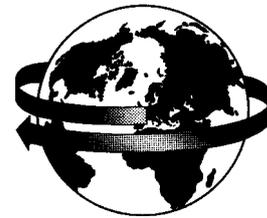
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 19/2000

13. März 2000

Kučmas zweite Amtszeit als Präsident der Ukraine: Neuer Start für Reformen?

Zusammenfassung

Der Druck der westlichen Kreditgeber, der kritische Zustand der ukrainischen Energiewirtschaft und der neue Führer in Rußland erfordern von Kiev eine dynamischere Politik. Nach den Präsidentschaftswahlen sind sowohl die linke als auch die rechte Opposition geschwächt, und durch das Referendum in der Ukraine kann es zu einer weiteren Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten nach dem rußländischen Szenario von 1993 (doch ohne Beschließung des Parlaments) kommen. Die Bildung und ersten Schritte der Regierung Juščenko lassen den Hoffnungsschimmer zu, daß diese Machtkonzentration für eine Entwicklung nach vorn genutzt werden kann. Eine Herausforderung für den Westen wird es sein, gleichzeitig nicht nur die Stabilität und die Wirtschaftsreformen, sondern auch die Demokratisierungsprozesse zu unterstützen.

Bildung einer parlamentarischen Mehrheit und Spaltung der VR

Die Wiederwahl Leonid Kučmas zum Präsidenten am 16. November 1999 und die Niederlage des Kandidaten der Kommunistischen Partei bedeuteten die Wahl des "kleineren Übels". Die Ukraine ist mit folgendem Dilemma konfrontiert: Fortsetzung der Stagnation oder schwierige Reform der Wirtschaft. Für die zweite Variante sprechen einerseits die Verschuldung Rußland gegenüber für die Lieferung von Energieressourcen und andererseits der Druck von seiten der westlichen Kreditgeber. Im Jahr 2000 muß die Ukraine 3 Mrd. US-\$ von 13 Mrd. US-\$ Auslandsschulden (30% des BIP) abtragen. Nach makroökonomischen Kriterien gilt diese Verschuldung nicht als kritisch, doch unter den Bedingungen der Wirtschaftsstagnation entsteht die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit.¹

Bereits am 4. Dezember 1999, am Vortag des Washington-Besuchs von Präsident Kučma, wurde per Präsidenten-Ukaz die Beschleunigung von Reformen in der Landwirtschaft verfügt. Ministerien und Behörden wurden verschlankt. Am 30. Dezember 1999 entschied das Verfassungsgericht, daß die Todesstrafe mit der Verfassung nicht vereinbar ist und öffnete damit den Weg für die Erfüllung einer der für Kiev kompliziertesten Forderungen des Europarats. Die ukrainische Gesellschaft ist in dieser Frage gespalten. Die Verchovna Rada (VR) erfüllte ebenfalls etliche andere Forderungen des Europarats. Sie

¹ Den', 15.1.2000

verabschiedete insbesondere ein Gesetz über die politischen Parteien. Die Ukraine konnte somit vermeiden, daß ihre Mitgliedschaft im Europarat auf Eis gelegt wird.

Im Parlament nahm die Zahl der Abgeordneten der "oligarchischen" Fraktionen, die den Präsidenten im Wahlkampf unterstützt hatten, zu: SDPU(o) (die nur dem Namen nach "sozial-demokratisch" ist), "Wiedergeburt der Regionen", Partei der Arbeit sowie "Bat'kivščyna" ("Vaterland"), die sich früher von der "Hromada" abgespalten hatte. An der Grenze zu verschwinden waren die oppositionellen Fraktionen der Bauernpartei (SelPU) und der "Hromada", während die Fraktion der progressiven Sozialisten (PSPU) zu existieren aufhörte (nach der Geschäftsordnung muß die Fraktionsstärke mindestens 14 Abgeordnete betragen).

Tabelle: Zahlenmäßige Stärke der Fraktionen und Gruppen in der Verchovna Rada der Ukraine

	am 13.9.1999	am 15.2.2000
Zentrum und rechtes Zentrum		
SDPU(o)	26	36
"Wiedergeburt der Regionen"	29	38
"Bat'kivščyna"	28	37
NDP	30	26
Ruch (Kostenko)	30	24
Partei der Arbeit der Ukraine	18	23
Partei der Grünen der Ukraine	23	17
Ruch (Udovenko)	16	18
"Unabhängige"	18	14
"Reformen-Kongreß"	21	13
Linke und linkes Zentrum		
Kommunistische Partei der Ukraine	122	114
"Linkes Zentrum"	23	22
PSPU	14	11
SelPU	15	13
"Hromada"	15	13

Quelle: Daten des VR-Sekretariats.

Für den Posten des Ministerpräsidenten hatte Kučma ursprünglich den Führer einer der "Parteien der Macht" – der NDP –, Valerij Pustovoitenko, vorgeschlagen, der dieses Amt bis zu den Wahlen bekleidet und das Kabinett in einen Wahlkampfstab Kučmas verwandelt hatte.

Am 22. Dezember 1999 wurde der Vorsitzende der Nationalbank Viktor Juščenko in namentlicher Abstimmung mit 296 Ja-Stimmen (erforderlich ist die einfache Mehrheit: 226 von 450 Stimmen) zum Premierminister gewählt. 1996 war er für die Einführung der nationalen Währung verantwortlich und begrenzte recht geschickt den negativen Einfluß der ausgebliebenen Reformen auf anderen Gebieten auf die Stabilität der Hryvna. Analytiker unterstreichen, daß gerade Juščenko das Land vor Zahlungsunfähigkeit retten und unpopuläre Reformen durchführen soll, was ihn jedoch in der Folge in die Schußlinie der "Oligarchen" bringen wird, insbesondere von Hryhorij Surkis und Viktor Medvedčuk (SDPU(o) und Oleksandr Volkov ("Wiedergeburt der Regionen" und die 1999 unter seiner Kontrolle gegründete Partei "Demokratische Union").²

² Obwohl Volkov gegenwärtig keine offiziellen Ämter beim Präsidenten bekleidet (er war eine Zeitlang Stellvertretender Vorsitzender des Koordinationsrats für Fragen der Innenpolitik beim Präsidenten der Ukraine), spielte jedoch gerade der "Stab" Volkovs eine wichtige Rolle im Wahlkampf Kučmas. Informationen zufolge sollen die USA während der Verhandlungen in Washington gefordert haben, auf die "Dienste" Volkovs zu verzichten. Gegen ihn und zwei andere Personen, deren Namen der Presse nicht bekannt sind, hat die Polizei Belgiens ein Ermittlungsverfahren wegen Geldwäsche eingeleitet (Financial Times, 19.1.1999).

Bereits am 24. Dezember 1999 paraphierten die Führer von 11 Fraktionen (siehe Tabelle), einschlielich "Hromada", ein Abkommen über die Bildung einer Mehrheit und traten für den Rücktritt des Speakers Oleksandr Tkaenko (SelPU) und seines Ersten Stellvertreters Adam Martynjuk (KPU) ein. Doch die Linken blockierten die Erörterung dieser Frage (nach der Geschaftsbildung der VR ist für den Führungswechsel mindestens ein Quorum von zwei Dritteln der Abgeordneten der VR erforderlich). Zugleich werden nach der Verfassung Gesetze und andere Akte der VR von ihrer Mehrheit, d.h. mit 226 Stimmen angenommen. Es kam zu einer Kollision der rechtlichen Standpunkte. Das Parlament spaltete sich in zwei Teile, die getrennt tagten. 239 Abgeordnete stimmten am 21. Januar für den Rücktritt des Speakers und seines Ersten Stellvertreters. Am 1. Februar wurden Ivan Pljue (NDP) zum Speaker und Viktor Medveduk (SDPU(o)) zu seinem Ersten Stellvertreter mit 255 Stimmen gewählt. Die Mehrheit wählte die Führung aller (!) Parlamentskomitees neu (der Minderheit wurde sogar in symbolischen Fragen nicht nachgegeben), schaffte den Feiertag am 7. November ab und beschlo schließlich, das Wappenrelief der Sowjetukraine vom Gebäude der VR zu entfernen.

Die Linke Minderheit erkannte diese Beschlüsse nicht an. Doch das Justizministerium befand die Aktionen der Mehrheit für legitim. Mehr noch: wenn es der VR binnen eines Monats nicht gelingt, gemeinsame Plenarsitzungen durchzuführen, gäbe es die für den Präsidenten einzige verfassungsmaige Möglichkeit, die VR aufzulösen. Diese Möglichkeit war ein wichtiges Druckmittel sowohl auf die rechten als auch auf die linken Abgeordneten. Am 8. Februar, vor Beginn der neuen Sitzungsperiode des Parlaments, besetzten die Vertreter der Mehrheit den Sessel des Speakers und seiner Stellvertreter. Es kam sogar zu einer kleinen Prügelei unter den Abgeordneten. Es war jedoch klar, da die Linken trotz der formalen Proteste de-facto gezwungen sein würden, der Neuwahl der Führung des Parlaments zuzustimmen. Bereits am 15. Februar lieen sich die Linken (mit Ausnahme der PSPU) im Sitzungssaal registrieren.

Die neue Regierung

Tatsächlich gab Kuca Juenko die Möglichkeit, selbst eine Regierung zu bilden. Die wichtigsten oligarchischen Strukturen, die aktiv im Wahlkampf Kucas mitgewirkt hatten, wurden umgangen. Die SDPU(o) erhielt lediglich den Posten des Bildungsministers. Erster Stellvertretender Premierminister wurde Jurij Jechanurov (NDP), ehemals sowohl Vorsitzender des Fonds für Staatsvermögen als auch Wirtschaftsminister. Julija Tymoenko, Vorsitzende des Haushaltskomitees der VR und Führerin der Fraktion und Partei "Bat'kivyna", wurde Stellvertretende Ministerpräsidentin. Nach der Verfassung werden die ehemaligen Gegner des Präsidenten, Tymoenko und Evhen Maruk, ihre Abgeordnetenmandate aufgeben müssen. Ihor Mitjukov blieb Finanzminister. Serhij Tihipko wechselte vom Posten des Vizepremiers zum Posten des Leiters des erweiterten Wirtschaftsministeriums (die Namen Mitjukov, Tihipko sowie Juenko werden im Westen mit Reformen assoziiert). Sie sind natürlich keine traditionellen Nationaldemokraten, sondern nach ukrainischen Mastaben "Rechtszentristen".

Vizepremier für humanitäre Fragen wurde erneut der bekannte Nationaldemokrat Mykola ulyns'kyj. Der durch seine "Westorientierung" bekannte Auenminister Borys Tarasjuk behielt seinen Posten; nach Informationen, die uns zur Verfügung stehen, gelang es Juenko, ihn zu halten.

Es kam zu einem Kampf zwischen Tymoenko einerseits und den beiden anderen "Oligarchen" Surkis und dem Leiter der staatlichen Ölgesellschaft "Naftohaz Ukrainy", Ihor Bakaj, (er gehört zur Führung der "Demokratischen Union" Volkovs). Während in früheren Regierungen der Erste Stellvertretende Premierminister für die Energiewirtschaft verantwortlich war, übt jetzt Julija Tymoenko diese Funktion aus, und sie ist für Bakaj "zuständig".

Ukaz über das Referendum

Trotz Bildung einer parlamentarischen Mehrheit, erlie der Präsident am 15. Januar 2000 einen Ukaz über die Durchführung eines Referendums am 16. April (die Strukturen Volkovs sammelten dafür die erforderlichen drei Millionen Unterschriften). Im Referendum werden sechs Fragen gestellt werden:

Die Frage des Mißtrauens gegenüber der VR der XIV. Legislaturperiode und der Einbringung entsprechender Verfassungsänderungen (weil keine Auflösung der VR infolge des Referendums vorgesehen ist); 2. Das Recht zur Auflösung der VR durch den Präsidenten, wenn sie binnen eines Monats keine parlamentarische Mehrheit bilden oder binnen drei Monaten nicht den Haushalt verabschieden kann, der von der Regierung vorgelegt wurde, "und in anderen Fällen, die von der Verfassung vorgesehen sind"; 3. Die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten; 4. Die Verringerung der Abgeordnetenzahl von 450 auf 300; 5. Die Schaffung eines Zweikammer-Parlaments; 6. Die Verabschiedung der Verfassung durch Referendum.

Weil 1998/99 eine zielgerichtete Kampagne zur Diskreditierung des Parlaments durchgeführt wurde, wird die Mehrheit der Wähler Meinungsumfragen zufolge die Position des Präsidenten unterstützen. Unklar bleibt lediglich die Antwort auf die Frage nach dem Zweikammersystem. Die nationaldemokratischen Fraktionen von Ruch und dem "Reformen-Kongreß" traten gegen das Zweikammersystem und gegen die "faktische Einstufung der jetzigen Verfassung als illegitim" ein. Auch Ex-Präsident Leonid Kravčuk (SDPU(o)) unterstützt nicht das Zweikammersystem.

Nach der Verfassung müssen die positiven Antworten auf die Referendumsfragen von einer Zweidrittel-Mehrheit bestätigt werden. Das Procedere der Verabschiedung einer neuen Verfassung ist im Grundgesetz nicht geregelt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Verfassungsgericht ein bis zwei Fragen streicht, um so mehr als einige Fragen ungenau formuliert sind. Zum Beispiel ist nicht klar, ob die zweite Kammer gewählt oder ernannt wird. Auch der Europarat beschloß, das Dokument rechtlich zu prüfen. Schließlich ist das Referendum ein zweiseitiges Schwert. Die Kommunisten können mit Leichtigkeit drei Millionen Unterschriften für die Abschaffung des Präsidentenamts sammeln, obwohl sie das bis zur Abstimmung am 16. April nicht mehr schaffen.

Die Machtkonzentration in den Händen Kučmas kann für radikale Reformen genutzt werden. Allerdings hatte Kučma von 1996 bis 1999 in Übereinstimmung mit den Übergangsbestimmungen der Verfassung das Recht, Ukaze für nicht geregelte Fragen zu erlassen, die (bis zu ihrer Bestätigung durch die VR) Gesetzeskraft hatten. Von dieser Möglichkeit wurde nicht ausreichend Gebrauch gemacht.

Außenpolitik

Die Chronologie der ersten Besuche des wiedergewählten Präsidenten (zuerst in Brüssel, dann in Moskau, Paris und Washington) entspricht der Prioritätenfolge in seiner Antrittsrede: 1. Europa; 2. Rußland; 3. USA. Doch eine gewisse Enttäuschung für Kiev war der EU-Gipfel in Helsinki am 11. Dezember 1999. Während die EU die Türkei in die Zahl der möglichen Beitrittskandidaten in die EU aufgenommen und den türkischen Präsidenten zum Gipfel eingeladen hatte, erwähnte sie in der "Gemeinsamen Strategie der EU in bezug auf die Ukraine" nicht direkt die Möglichkeit eines Beitritts Kievs zu dieser Organisation. Gleichzeitig wurde es als positiv angesehen, daß die "europäische Orientierung der Ukraine" in der Strategie begrüßt wurde.

Sowohl die EU als auch die USA unterstreichen ständig die Bedeutung einer stabilen und demokratischen Ukraine. Insbesondere erklärte die Außenministerin der USA, M. Albright, am 18. Januar, daß die USA im Jahr 2000 der Entwicklung der vier "Schlüsseldemokratien" – Ukraine, Kolumbien, Nigeria, Indonesien – besondere Aufmerksamkeit schenken werden.³ Wenn es jedoch keine direkten Verfassungsverletzungen seitens Kučmas gibt, könnte der Westen im Fall von Anzeichen von Wirtschaftsreformen der Versuchung erliegen, die Augen vor einer übermäßigen Machtkonzentration zu schließen.

In Rußland zeugen die von Putin genutzten Methoden im Kampf um die Macht auch von einer Zunahme autoritärer Tendenzen. Die von Putin bestätigte neue Konzeption der nationalen Sicherheit sieht eine härtere Politik gegenüber dem Westen und eine Stimulierung der Integration in der GUS

³ Golos Ukrainy, 22.1.2000; Kiev Post, 20.1.2000.

vor. Der von Belarus' und Rußland am 8. Dezember 1999 unterzeichnete Vertrag über die Bildung eines Staatenbundes kann den Druck auf die Ukraine verstärken, obwohl Kučas einen möglichen Beitritt Kiews zu diesem Bund ablehnt. Der Direktor des Instituts für russisch-ukrainische Beziehungen beim Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung (RNBOU) der Ukraine, Serhij Pyrozkov, hebt hervor: zwischen El'cin und Kučas gab es gute persönliche, informelle Beziehungen, die es erlaubten, Zugeständnisse von Rußland zu erreichen; unter Putin werden die Beziehungen protokollarischer und strenger sein.⁴

Und tatsächlich: im Dezember 1999 beschuldigte Moskau die Ukraine, die Gasleitung illegal angezapft zu haben und stellte teilweise die Öllieferungen wegen Nichtzahlung ein (nach seinem ersten Moskau-Besuch als Premierminister am 21. Januar erklärte Jušenko, daß die Lieferungen wiederaufgenommen werden müssen). Obwohl Kučas erklärte, daß die Regierung nicht die Schulden der kommerziellen Strukturen bezahlen wird,⁵ wird sie möglicherweise Druck auf die Schuldner ausüben. Die Positionen Kiews sind dadurch geschwächt, daß Rußland eine Gasleitung durch Belarus' und Polen eröffnete und eine weitere durch das Schwarze Meer in die Türkei unter Umgehung der Ukraine beabsichtigt ist. Es sieht danach aus, daß die Ukraine auch den Kampf um die Haupttransportstrecke des kaspischen Öls verlieren wird. Gleichzeitig bekräftigen Polen und die Ukraine ihr Interesse am Ausbau der Ölleitung Odesa – Brody (bis zur polnischen Grenze). Dadurch würde die Ukraine immerhin zu einer der Öltransportstrecken werden.

Die finanziellen Lasten des Tschetschenienkriegs werden die Forderungen Rußlands nach Rückzahlung der Schulden verstärken. Kučas unterstützte den Kampf Moskaus "gegen Terrorismus und Separatismus". Die Gründe dafür sind verständlich. Unter Berücksichtigung des Krim-Problems und angesichts des Wahlkampfes in der Ukraine hatte Kučas kein Interesse, die Beziehungen zu Rußland zu verschlechtern. Auf dem Hintergrund der Ereignisse in Tschetschenien unterstrich Kiev zugleich die Stabilität in der Ukraine. Schon auf dem OSZE-Gipfel im Dezember 1999 in Istanbul begann die Ukraine zu betonen, wie notwendig es sei, Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden und trat dafür ein, unter der Ägide des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten ein analytisches Zentrum für interethnische Probleme in Kiev zu gründen. Meinungsumfragen zufolge lehnen 52,6% der Ukrainer (gegenüber 23,3%) den Krieg Rußlands in Tschetschenien ab. Jedoch unterstützten die GUS-Führer am 25. Januar in Moskau nicht nur den Kampf gegen Terrorismus, sondern sprachen sich auch für die Erarbeitung eines Sonderprogramms aus, das die Gründung eines "gemeinsamen Antiterrorzentrums"⁶ vorsieht. In Nichtübereinstimmung mit dem Rotationsprinzip steht Putin anstelle von El'cin dem Rat der Staatschefs der GUS vor. Zugleich funktioniert die Freihandelszone im Rahmen der GUS wegen Rußlands Position nicht (was die Ukraine, die eine Senkung der Preise für russische Energieträger anstrebt, zu erreichen versucht).

Der tschetschenische Konflikt kann den Zustrom nicht nur von Flüchtlingen, sondern auch von kriminellen Elementen in die Ukraine verstärken. Indirekt kann er die Radikalisierung der Krimtataren, die glauben, daß ihre Forderungen von der Krim-Führung nicht genügend berücksichtigt werden, begünstigen. Wenn es Putin nicht gelingt, die russische Wirtschaft zu stabilisieren und der Konflikt in Tschetschenien in einen Partisanenkrieg übergeht, werden sich gewisse Kreise in Moskau auf die Suche nach einem Feind mit dem Ziel machen, "die russischsprachige Bevölkerung" in der GUS zu schützen. Am 28. Januar richtete das Außenministerium Rußlands eine Note an die Botschaft der Ukraine, in der die Frage der Diskriminierung der russischen Sprache in der Ukraine aufgeworfen wurde. Es forderte ebenfalls, die Tätigkeit des tschetschenischen Informationsbüros bei der Ruch-Abteilung in Odesa einzustellen. Es läßt aufmerken, daß an der Spitze des Duma-Komitees für internationale Beziehungen der Leiter des nationalistischen Kongresses russischer Gemeinden, Dmitrij

⁴ Ukraina i mir segodnja Nr. 2, 2000.

⁵ Zerkalo nedeli, Nr. 1-2, 2000.

⁶ Kiev Post, 27.1.2000.

Rogozin, steht. Schon jetzt läßt sich prognostizieren, daß der Kreml der Zusammenarbeit im Rahmen des GUUAM (Georgien Usbekistan, Ukraine, Aserbaidshan, Moldova), die nach Meinung Moskaus "antirussischen Charakter" trägt, stärker entgegenwirken wird.

Fazit

Nach Meinung von Experten sind die wichtigsten Aufgaben der ukrainischen Diplomatie unter den Bedingungen der verhärteten Politik Rußlands folgende: Entwicklung der Partnerschaft mit der EU und Durchlässigkeit der Westgrenzen der Ukraine; Neutralität hinsichtlich der wichtigsten Konfliktthemen zwischen dem Westen und Rußland; Vermittlungspolitik bei Konflikten in Europa; Unterstützung von Wirtschaftsprojekten, die darauf gerichtet sind, daß die Ukraine unabhängiger von Rußland wird.⁷

Doch das wichtigste Problem für die Ukraine ist ihre innere Reform, vor allem in der Wirtschaft. Dazu muß der Widerstand sowohl der Linken als auch der "Oligarchen" überwunden werden. Das vom Präsidenten initiierte Referendum ermöglichte es, im Parlament eine propräsidentische Mehrheit zu bilden, obwohl es eine Tendenz zur Schwächung des Parlaments gibt. Die Bildung und die ersten Schritte der Regierung Juščenko vermitteln einen Hoffnungsschimmer, daß diese Machtkonzentration für eine Vorwärtsentwicklung genutzt werden kann.

Oleksij Haran'

Der Verfasser ist Direktor des Zentrums für nationale Sicherheitsstudien an der Universität "Kyjiv-Mohyla-Akademie".

Redaktion: Gerhard Simon

Übersetzung: Christel Dittmann

Abkürzungsverzeichnis

VR	Verchovna Rada	Ukrainisches Parlament
EĖSU	Jedyni jenerhetyčni systemy Ukrajiny	Vereinigte Energiesysteme der Ukraine
KPU	Komunistyčna partija Ukrajiny	Kommunistische Partei der Ukraine
NDPU	Narodno-demokratyčna partija Ukrajiny	Volksdemokratische Partei der Ukraine
PSPU	Prohresyvna socialistyčna partija Ukrajiny	Progressive Sozialistische Partei der Ukraine
SDPU(o)	Social-demokratyčna partija Ukrajiny	Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine
Selpu	Seljans'ka partija Ukrajiny	Bauernpartei der Ukraine
SPU	Socialistyčna partija Ukrajiny	Sozialistische Partei der Ukraine

⁷ Zentrum für Frieden, Abrüstung und Außenpolitik der Ukraine: Vortrag "Rückkehr zur Konfrontationsstrategie und Probleme der Positionierung der Ukraine", Dezember 1999.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

SE Sovet Evropy

RNBOU Rada nacional'noji bezpeky i oborony
Ukrajiny

Europarat

Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung der
Ukraine